[5]

Die Grünliberale Partei (GLP): Sind die Grünliberalen eine Rechtsabspaltung der Grünen?

Ein Überblick zu den Grünliberalen, von der Gründung bis zu den Nationalratswahlen 2011

«Ich bedauere die Abspaltung der Grünliberalen sehr. Sie wäre nicht nötig gewesen.» Mit diesen Worten erinnerte der grüne Berner Regierungsrat Bernhard Pulver im Sommer 2011 an die Entstehungsgeschichte der Grünliberalen. Können die Grünliberalen als eine Rechtsabspaltung von den Grünen betrachtet werden? Wer sind die Grünliberalen, die seit vier Jahren in den meisten Kantonen und Gemeinden Wahlerfolg um Wahlerfolg erringen und bei den jüngsten Nationalratswahlen 2011 zusammen mit der BDP die strahlende Wahlsiegerin war?

Dieser Aufsatz nähert sich dem Phänomen «Grünliberale» in fünf Schritten:

- 1. Gründung und Aufbau der Grünliberalen zur nationalen Partei (2004–2011)
- 2. Versuch einer inhaltlichen Positionierung der GLP
- 3. Die GLP bei den kantonalen Parlamentswahlen (2007-2011)
- 4. Die GLP bei den Nationalratswahlen 2007 und 2011
- 5. Das regionale Verankerungsmuster der GLP im Spiegel der Nationalratswahlen 2011
- 6. Affinitäten der GLP zu den anderen Parteien: Analyse des Panaschierverhaltens der GLP-Wählenden bei den Nationalratswahlen 2011

[5.1]

Gründung und Aufbau der Grünliberalen zur nationalen Partei (2004–2011) 1

Bei fast allen grünen Parteien in Europa lassen sich in ihrer Geschichte zwei Flügel feststellen, einen gemässigten und einen alternativen – man spricht dabei auch von Gurkengrünen und Melonengrünen. Spannungen zwischen diesen Flügeln gab es vor allem in den 1980er-Jahren, im Jahrzehnt der Gründung der grünen Parteien. Im Verlauf der 1990er-Jahre positionierten sich die Grünen im Mitte-links-Lager, ohne dass sich der gemässigte Flügel veranlasst sah, die grünen Parteien zu verlassen. Ein Modus Vivendi schien gefunden zu sein, in der Schweiz wie in den meisten europäischen Ländern. Erleichtert wurde dies sicher durch den langanhaltenden Höhenflug der Grünen bei den Wahlen, der um die Jahrtausendwende einsetzte.

[5.1.1]

Von 2004 bis 2006: Abspaltung von den Grünen in Zürich und St. Gallen

Gross war daher die Überraschung, als es 2004 im Kanton Zürich bei den Grünen zum Eklat kam. Die Spannungen zwischen dem Kopräsidenten der Grünen Partei Zürich, Martin Bäumle, und dem linken Lager um die Nationalräte Daniel Vischer und Ruth Genner bestanden schon längere Zeit. Sie spitzten sich zu und eskalierten schliesslich 2004 in der Abwahl des kantonalen Kopräsidiums bestehend aus Martin Bäumle und Vreni Püntener. Diese beiden wurden durch das Duo Marlies Bänziger und Balthasar Glättli ersetzt.

Kurz darauf spaltete sich eine Gruppe von 60 bis 80 Mitgliedern um Martin Bäumle und Verena Diener von der Grünen Partei Zürich ab und gründete die Grünliberalen Zürich (GliZ). Martin Bäumle, Nationalrat seit 2003, und Verena Diener, damalige Zürcher Regierungsrätin und frühere Präsidentin der Grünen Partei der Schweiz (GPS), kritisierten einerseits den gewerkschaftsnahen, linken Kurs der Zürcher Grünen und andererseits deren politischen Stil, den sie als aggressiv und wenig konstruktiv empfanden. Sie wollten aber nicht mit der GPS brechen, sie beantragten gar die Mitgliedschaft der GliZ bei ihr. Es waren vielmehr die Grünen, die den Grünliberalen die kalte Schul-

ter zeigten: Sie sistierten die Mitgliedschaft von Martin Bäumle in der Nationalratsfraktion und wiesen den Antrag der GliZ auf Aufnahme vorläufig zurück, weil diese noch kein Parteiprogramm hätte und es auch nicht klar sei, was sie unter «liberal» verstehen würde. 2005 zog die GliZ das Beitrittsgesuch zurück und beschloss den Alleingang. Im Nationalrat blieb Martin Bäumle fraktionslos. Im Zürcher Kantonsparlament fanden die beiden GliZ-Vertreter bei der EVP-Fraktion Unterschlupf. Nach allgemeinen Einschätzungen hatten nicht nur politische Differenzen zu diesem Eklat geführt, sondern auch persönliche Animositäten zwischen den Hauptakteuren.

In einem gewissen Sinn weiter fortgeschritten – und ohne direkten Bezug zur GliZ – war das Projekt der Grünliberalen in St. Gallen, wo die Grünliberalen bereits im Hinblick auf die Nationalratswahlen 2003 gegründet worden waren. Dieser Schritt war allerdings vor allem wahltaktisch begründet und sollte das Wahlsegment, das der 1999 aufgelöste liberal-soziale Landesring der Unabhängigen (LdU) hinterlassen hatte, mit dem Label «grünliberal» an die Grünen binden. Bei den Nationalratswahlen 2003 traten so die Grünen nicht nur mit ihrer Stammliste und einer Jugendliste an, sondern auch mit der Liste «Grüne – Die Grünliberalen». Auf dieser kandidierten unter anderen Albert Nufer sowie die heutige grüne Nationalrätin Yvonne Gilli. Diese Rechnung ging auf und das Mandat der damaligen links-grünen Nationalrätin Pia Hollenstein konnte 2003 gesichert werden.

Im selben Jahr, als sich in Zürich Martin Bäumle und Verena Diener von den Grünen Zürich trennten, kam es auch in St. Gallen zum Eklat: Die Grünliberalen der Stadt St. Gallen spalteten sich von den Grünen ab, blieben aber – provisorisch – bei der grünen Kantonalpartei. Erst 2006 traten die Grünliberalen der Stadt und Region St. Gallen aus der grünen Kantonalpartei aus. Im Sommer 2007 wurde die grünliberale Partei des Kantons St. Gallen gegründet. Wie die Zürcher Grünliberalen kritisierten sie den linkslastigen Kurs der Grünen. Dazu kamen regionalspezifische Divergenzen (Fussballstadion-Bau) sowie ebenfalls persönliche Animositäten. In der Folge kam es zwischen den Grünen und den Grünliberalen zu personellen Übertritten in beide Richtungen. Die Grünliberalen zogen aber auch politische Neueinsteiger und «Parteiwechsler» aus der bürgerlichen Mitte an.

[5.1.2]

2007: die Zürcher Kantonswahlen und die Gründung der nationalen grünliberalen Partei

Nachdem die Grünliberalen bei den kommunalen Wahlen im Kanton Zürich (2006) nur mit mässigem Erfolg abgeschnitten hatten, richtete sich die Aufmerksamkeit auf die Zürcher Kantonswahlen vom Frühling 2007. Bei diesen erzielten die Grünliberalen ein sehr gutes Ergebnis (10 Mandate von 180). Dies dürfte der Idee einer nationalen Partei Auftrieb gegeben haben. Bereits im Sommer 2007 wurde die grünliberale Partei der Schweiz (GLP) gegründet. Sie bestand aber nur aus den beiden kantonalen Parteien in Zürich und in St. Gallen. Zum Präsidenten wurde Martin Bäumle gewählt.

In der zweiten Jahreshälfte 2007 wurden weitere kantonale Parteien gegründet: in Basel-Landschaft, Bern und Zug. Zu den Nationalratswahlen 2007 trat die GLP aber nur in Zürich und St. Gallen an. Sie gewann drei Nationalratsmandate und ein Mandat im Ständerat (mit Verena Diener) – alle im Kanton Zürich.

[5.1.3] Weiterer Aufbau mit Neugründungen (2008–2011)

Die Aufbauarbeit wurde 2008 mit weiteren Gründungen fortgeführt: Neue Parteien entstanden in den Kantonen Thurgau, Basel-Stadt, Graubünden und Luzern sowie Aargau und Solothurn. An der ersten nationalen Delegiertenversammlung im Sommer 2008 konnte so Präsident Bäumle bereits auf die stattliche Anzahl von elf Kantonalparteien mit ungefähr 1600 Mitgliedern blicken. Sie befanden sich alle in der Deutschschweiz.

In der Romandie war das grünliberale Terrain bereits von der bürgerlichen Bewegung *Ecologie libérale* besetzt. Diese war 2003 im Zusammenhang mit der Abstimmung über die eidgenössische Volksinitiative «Strom ohne Atom» gegründet worden mit dem Anspruch, den Umweltschutz nicht den Linken zu überlassen. *Ecologie libérale* gab der GLP vorderhand einen Korb – sie wollte eine überparteiliche bürgerliche Bewegung bleiben und nicht eine Partei werden – und

Werner Seitz

trat 2007 alleine zu den Nationalratswahlen 2007 an (in der Waadt, im Wallis und in Neuenburg). *Ecologie libérale* erreichte in der Waadt mit ihrer Spitzenkandidatin Isabelle Chevalley eine Parteistärke von 3,7 Prozent, im Wallis und in Neuenburg lag ihr Wähleranteil unter 2 Prozent.

2009 machte die GLP mit der Gründung der Kantonalpartei Freiburg den Schritt in die Romandie. Einen wichtigen Meilenstein stellte 2010 die Gründung der GLP Waadt dar, an der sich auch wichtige Mitglieder der erwähnten Bewegung *Ecologie libérale* beteiligten, namentlich ihre Exponenten Isabelle Chevalley, Régis Courdesse und Jacques-André Haury, die alle tragende Persönlichkeiten der Liberalen Partei gewesen waren. Mit der Gründung der GLP in Genf schafften die Grünliberalen definitiv den Sprung in die Romandie.

[5.1.4]
Die GLP – eine Partei für politische Neueinsteiger

Anders als die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP), die sich nach der Abspaltung von der SVP zu einem guten Teil auf frühere SVP-Mitglieder abstützen konnte, war dies bei den Grünliberalen nicht der Fall – abgesehen von einigen Galionsfiguren wie Martin Bäumle und Verena Diener. Die GLP konnte namentlich nicht auf die «Liberalen» unter den Grünen zählen (die es durchaus gab, wie z. B. den eingangs zitierten grünen Berner Regierungsrat Bernhard Pulver).

Ein Grossteil der Mitglieder der GLP waren denn auch politische Neueinsteiger. Falls sich bekannte politische Persönlichkeiten der GLP anschlossen, waren dies entweder ökologische Dissidenten der Freisinnigen oder der Liberalen (wie etwa der Baselbieter Gerhardt Schafroth, die Solothurnerin Irène Froelicher oder die schon erwähnte Waadtländerin Isabelle Chevalley), oder es waren politisch interessierte bürgerliche Unternehmer (wie etwa in Luzern Walter Palmers oder in Graubünden Jürg Kappeler).

Die heterogene personelle Mischung der rasch aufstrebenden GLP führte in manchen Kantonalparteien zu Irrungen und Wirrungen. Martin Bäumle, der nicht nur fast alle Kantonalparteien mitbegrün-

det hatte und diese intensiv begleitete, fühlte sich als Präsident auch hie und da bemüssigt, einzugreifen und – wie im Fall der GLP Basel-Landschaft – gar interimistisch das Parteipräsidium zu übernehmen. Die personelle Frage dürfte für die GLP eine der grossen Herausforderungen in der gegenwärtigen Wachstumsphase sein.

[5.1.5] 2011: die erste eidgenössische Volksinitiative der GLP

Im Vorfeld der Nationalratswahlen 2011 lancierte die GLP die eidgenössische Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer», mit der eine ökologische Steuerreform herbeigeführt werden sollte. Mit einer Verfassungsänderung sollte die Mehrwertsteuer abgeschafft und durch eine Steuer auf nicht erneuerbare Energien (Erdöl, Gas, Kohle, Uran) ersetzt werden. Diese Volksinitiative stellte für die GLP nicht nur ein Vehikel dar, um sich im eidgenössischen Wahlkampf 2011 zu positionieren, die GLP konnte (und musste) mit dieser Volksinitiative auch ihre nationale Politikfähigkeit unter Beweis stellen. 2

[5.2] Versuch einer inhaltlichen Positionierung der GLP

Dem beeindruckend rasanten Wachstum der GLP steht eine nicht minder beeindruckende programmatische Unschärfe gegenüber. Dass eine Partei vier Jahre nach ihrer nationalen Gründung noch kein Programm vorlegen kann, muss nichts Aussergewöhnliches sein. Dass aber von der GLP auf nationaler Ebene (Stand Oktober 2011) nur Leitlinien von vier Seiten vorliegen, die der Gründungsvorstand 2007 verabschiedet hatte, sowie ein Positionspapier zur «Energiepolitik», kann doch als Ausdruck einer programmatischen Schwäche verstanden werden. Die übrigen Positionspapiere der GLP zu den Bereichen «Finanz und Wirtschaft», «Verkehr» und «Bildung» wurden von der Zürcher Kantonalpartei verfasst. Diese programmatische Unschärfe trug zum Vorwurf an die GLP bei, eine «Label»-Partei zu sein.

Um die Politik der GLP inhaltlich etwas zu positionieren, soll im Folgenden versucht werden, ihre Politik der vergangenen vier Jahre aufgrund einiger Parameter zu beschreiben. Im Nationalrat, wo die GLP

Werner Seitz

in der Legislaturperiode von 2007 bis 2011 zusammen mit der CVP und der EVP eine Fraktion gebildet hatte, stimmte die GLP-Vertretung am häufigsten so wie die CVP (bei 85 Prozent aller Abstimmungen). Mit der FDP stimmte sie bei 76 Prozent der Abstimmungen überein, mit der SPS bei 67 Prozent, mit der GPS bei 64 Prozent und mit der SVP bei 47 Prozent (gemäss Politools, in NZZ am Sonntag, 3. April 2011).

Ihre Wahllisten wiederum verband die GLP bei den kantonalen und kommunalen Wahlen mit Vorliebe mit den Parteien in der politischen Mitte (EVP) oder mit der CVP (dies war auch bei den Nationalratswahlen 2011 der Fall, siehe unten, Abschnitt 5.4).

[5.2.1] Die Empfehlungen der GLP zu den eidgenössischen Volksabstimmungen (2008–2011)

Die Politik der GLP lässt sich auch aufgrund ihrer Abstimmungsempfehlungen zu den Volksabstimmungen thematisch etwas einordnen. Zu den 26 eidgenössischen Volksabstimmungen der Periode von 2008 bis 2011 gab die GLP 24-mal eine Abstimmungsempfehlung aus. Bei zwei Volksabstimmungen beschloss sie Stimmfreigabe: bei der «Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» und bei der Gesetzesvorlage für die Einführung biometrischer Pässe (beide 2009).

Bei den 24 Abstimmungsvorlagen mit GLP-Empfehlung gab es in 21 Fällen eine Übereinstimmung mit den Empfehlungen der CVP und in 20 Fällen mit jenen der FDP. Je eine Differenz zu FDP wie CVP gab es bei der Abstimmung über die beiden Volksinitiativen zur Einführung eines Tierschutzanwaltes (2010) und zum Waffenverbot (2011). Von der CVP wich die GLP-Empfehlung ferner bei der Abstimmung über die Hanfliberalisierung (2008) ab, bei der FDP gab es je eine Differenz beim Gesundheitsartikel (2008) und bei der Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts (2008). Im Vergleich zu den Abstimmungsempfehlungen der SPS gab es seitens der GLP acht Differenzen, im Vergleich zu jenen der GPS neun und zu jenen der SVP 18.

Werden die Abstimmungsempfehlungen der GLP mit jenen der anderen Parteien verglichen, können drei Typen von Empfehlungs-Konstellationen unterschieden werden:

- 1. GLP-Empfehlungen in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der drei bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP (und gegen jene von SPS und GPS),
- 2. GLP-Empfehlungen in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der SPS und der GPS (und gegen jene von CVP, FDP und SVP),
- 3. GLP-Empfehlungen in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der FDP, CVP, SPS und GPS (und gegen jene der SVP).

Die erste Konstellation, gemäss der die GLP die gleichen Abstimmungsempfehlungen ausgab wie das grosse bürgerliche Lager (CVP, FDP und SVP), zeigte sich bei sieben Volksabstimmungen. Es handelte sich dabei um drei linke Volksinitiativen und um vier zum Teil heftig umstrittene Beschlüsse des Parlamentes. Mit Blick auf die angesprochenen Themen zeigt sich, dass die GLP bei sozial- und finanzpolitischen Themen mit den bürgerlichen Parteien (inkl. SVP) gegen SPS und GPS Position bezieht. Bei diesen Volksabstimmungen handelte es sich etwa um die Unternehmenssteuerreform II, welche die Besteuerung der ausgeschütteten Unternehmensgewinne milderte, oder um Fragen der Sozialversicherung (Senkung des Mindestverzinsungssatzes bei der beruflichen Vorsorge, Revision der Arbeitslosenversicherung).

Tabelle 1: Eidgenössische Volksabstimmungen 2008–2011 Die Abstimmungsempfehlungen der GLP und der übrigen Parteien*

F

Datum	Abstimmungsvorlage	SPS	GPS	GLP	CVP	FDP	SVP	Thematik
24.2.08	24.2.08 Volksinitiative «gegen Kampfjetlärm im Tourismusgebiet»	ja	ja	nein	ncin	nein	nein	Landesverteidigung, Umweltschutz
30.11.08	Volksinitiative «für ein flexibles AHV-Alter»	ja	ja,	nein	nein	nein	nein	Sozialversicherungen
28.11.10	Volksinitiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb (Steuergerechtigkeits-Initiative)»	ja	ja	nein	nein	nein	nein	Finanzpolitik
24.2.08	Unternehmenssteuerreformgesetz II (FR)	nein	nein	ja	ja	ja	ja	Finanzpolitik
29.11.09	29.11.09 Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr (OR)	frei	nein	ja	9	ja	'al	Luftverkehr
7.3.10	Berufliche Vorsorge: Anpassung des Mindestumwandlungssatzes (FR)	nein	nein	ģ	ē.	4	ı,	Sozialversicherungen
26.9.10	Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (FR)	nein	nein	*	i	ja	ja	Sozialversicherungen

Gleiche GLP-Empfehlungen wie SPS und Grüne. Abweichend von den Empfehlungen von CVP, FDP und SVP

Datum	Abstimmungsvorlage	SPS	GPS	GLP	CVP	FDP	SVP	Thematik
7.3.10	Tierschutzanwalt-Initiative	i	ja	ja.	nein	nein	nein	Tierschutz
13.2.11	Waffeninitiative	ja	ja	1	nein	nein	nein	Strafrecht

Die Abstimmungsempfehlungen der GLP und der übrigen Parteien* Tabelle 1: Eidgenössische Volksabstimmungen 2008–2011 en wie FDB, CVP, SPS und Grüne. sfehlungen der SVP

Datum	Abstimmungsvorlage	SPS	GPS	GLP	CVP	FDP	SVP	Thematik
30.11.08	Betäubungsmittelgesetz (FR)	ja	la	1	ja	ja	nein	Suchtmittel
8.2.09	Personenfreizügigkeit Schweiz – EU: Weiterführung des Abkommens und Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien (FR)		j	•	ja	ja	nein	Aussenpolitik
17.5.09	Verfassungsartikel «Zukunst mit Komplementärmedizin» (OR)	p	ja		ja	ja .	nein	Gesundheit
27.9.09	Befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung (OR)	ja	ja	ja	ja	ja	nein	Sozialversicherungen
1.6.08	Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen»	nein	nein	nein	nein	nein	ja	Bürgerrecht
1.6.08	Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenprogaganda»	nein	nein	nein	nein	nein	ja	Volksrecht
30.11.08	Volksinitiative für «Unverjährbarkeit pornografischer Straflaten an Kindern»	nein	nein	nein	nein	ncin	ja	Strafrecht
29.11.09	Volksinitiative «gegen den Bau von Minaretten»	nein	nein	nein	nein	nein	ja	Religion, Minderheit
28.11.10	28.11.10 Ausschaffungsinitiative	nein	nein	nein	nein	nein	ja	Aussenpolitik

Erläuterung: OR: obligatorisches Referendum, FR: fakultatives Referendum * Die GLP gab zu 24 der 26 Volksabstimmungen von 2008 bis 2011 eine Empfehlung ab.

Das gegenteilige Bild – dass also die GLP dieselben Empfehlungen wie die SPS und die GPS ausgab und von den Empfehlungen der bürgerlichen Parteien abwich – findet sich in der Periode von 2008 bis 2011 nur gerade zweimal: bei der Volksinitiative zur Einführung eines Tierschutzanwaltes und bei der Waffeninitiative, die das Bewilligungsund Kontrollsystem für Waffen verbessern wollte. Beide Vorlagen waren staatspolitisch nicht besonders bedeutsam.

Die dritte Konstellation, gemäss der die GLP Teil einer grossen Allianz von SPS, GPS, FDP und CVP war und gegen die SVP eine Empfehlung abgab, kam neunmal vor. Es handelte sich dabei um fünf Volksinitiativen, die von der SVP lanciert bzw. von ihr unterstützt wurden. Die anderen Vorlagen betrafen etwa die Europa- und die Drogenpolitik, zu der unter FDP, CVP, SPS und GPS seit Längerem Konsens besteht.

Die Analyse der Abstimmungsempfehlungen der GLP bestätigt somit jenes Bild, das sich auch in der kommunalen und der kantonalen Politik zeigt: In der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die GLP Teil eines grossen bürgerlichen Bündnisses, das – namentlich bei den Sparallianzen – auch die SVP umfasst. Häufig nimmt dieses Bündnis gegenteilige Positionen zu SPS und GPS ein. Bei gesellschafts- und bei aussenpolitischen Vorlagen aber nimmt die GLP jene Positionen ein, die von CVP, FDP, SPS und GPS geteilt werden.

Was bei dieser Analyse der eidgenössischen Abstimmungsempfehlungen nicht aufgezeigt werden konnte – weil in der Periode von 2008 bis 2011 ja nicht alle politischen Themen zur Volksabstimmung kamen –, ist ihre Haltung in der Umwelt- und Verkehrspolitik. Bei dieser arbeitet die GLP – wie vor allem ein Blick in die kommunale und die kantonale Politik zeigt – klar mit der SPS und den Grünen zusammen.

[5.3]
Die GLP bei den kantonalen Parlamentswahlen (2007–2011)

Wo immer die Grünliberalen nach 2007 zu den kantonalen (und kommunalen) Parlamentswahlen antraten, schnitten sie gut ab. Schon bei den ersten kantonalen Wahlen (2007) erreichte die GLP in Zürich eine Parteistärke von 5,8 Prozent, bei den jüngsten Zürcher Wahlen (2011)

gar von 10,3 Prozent. Zürich erweist sich damit als die Hochburg der GLP. Weniger stark schnitt die GLP in den Ostschweizer Kantonen Thurgau und St. Gallen ab (um 2 Prozent), überdurchschnittlich dagegen in Basel-Stadt und Luzern (über 5 Prozent).

Tabelle 2: Die kantonalen Parlamentswahlen 2008–2011 (im Vergleich mit den vorangegangenen Wahlen) Die Parteistärke der GLP und der anderen Parteien (Kanton = 100 %)

		j		B		SPS		Geme	Gemeinsame Listen SPS/GP	BDP		CVP		FDP		SVP	
	Wahljahr	\$	Verän- derung	in %	Verān- derung	in %	Verän- derung	in %	Verän- derung	in %	Verän- derung	in %	Verän- derung	in %	Verän- derung	in %	Verän- derung
	8	2,4	+2.4	8,4	-0,7	13,3	-3,8	1,3	-0,3			26,1	-2,6	18,3	9'0-	30,5	+5,9
Inurgan	2008	2,0	+2,0	0,6	-0,7	12,8	-2,8					15,9	-1,6	14,5	-1,3	36,4	+3,6
Basel-Stadt 2008	86	5,1	+5,1	13,0	+2,0	28,7	-3,0					9,3	+1,2	161	-1,3	13,9	+1,8
Solothurn 2009	66	3,7	+3,7	6,5	+1,9	20,7	4,2					8'02	9,0-	26,8	-2,2	19,4	41,9
Aargau 2009	6	3,5	+3,5	6,8	+2,2	15,7	-3,9			3,1	+3,1	15,0	-2,5	14,3	-2,6	31,9	+1,6
Bern 2010	0	4,1	1,41	10,1	-2,8	6,81	-5,2			16,0	+16,0	1,3	-0,5	10,3	-6,0	76,6	8,0-
Zug . 2010	0	3,9	+3.9					22,8	-1,6			26,5	-2,1	23,2	-2,4	7,22	+3,0
Basel-Landschaft 2011	=	4,5	14.5	13,7	9,1+	22,0	-1,0	e		5,5	5,5+	9,3	-2,9	15,2	-5,8	24,0	+1,5
Zürich 2011	=	10,3	2,4.5	10,6	+0,1	19,3	-0,1			3,5	+3,5	4,9	-2,4	12,9	-3,0	9,62	8,0-
Luzern 2011	=	5.9	6'5+	8,7	+1,4	11,0	+0,3	-		1,7	+1,7	31,3	0'9-	18,9	-4,2	22,3	+3,2

Werner Seitz

Ein Blick auf das Abschneiden der anderen Parteien bei den kantonalen Parlamentswahlen von 2008 bis 2011 mit GLP-Beteiligung zeigt Interessantes und teilweise Unerwartetes:

- 1. Die beeindruckenden Stimmengewinne der GLP gingen per saldo zumeist nicht auf Kosten der Grünen: Diese büssten nur gerade in St. Gallen und im Thurgau je 0,7 Prozentpunkte ein, in den anderen Kantonen legten sie noch bis zu 2,2 Prozentpunkte zu. Bern stellt eine Ausnahme dar: Hier brachen die Grünen um 2,8 Prozentpunkte ein.
- 2. Dagegen verlor die SPS bei den kantonalen Wahlen bis und mit 2010 teilweise massiv an Parteistärke (zwischen 2,8 und 5,2 Punkte). 2011 schien sich die SPS wieder etwas aufgefangen zu haben.
- 3. Fast durchgehend auf der Verliererstrasse befanden sich die beiden bürgerlichen Parteien CVP und FDP. Ihre Verluste bewegten sich zwischen 0,5 und 6 Prozentpunkten (eine Ausnahme stellte Basel-Stadt dar, wo die CVP leicht zulegte). Nachdem diese beiden Parteien über zwei Jahrzehnte hinweg von der SVP unter Druck gesetzt und in den Wahlen beerbt worden waren, scheinen sie nun auch noch von der bürgerlichen Mitte her von der GLP und der neu gegründeten BDP bedrängt zu werden.
- 4. Gewinner der kantonalen Parlamentswahlen waren im bürgerlichen Lager neben der GLP die ebenfalls neu gegründete BDP sowie die SVP. Die BDP erzielte in den vier Kantonen, in denen sie antrat, eine Parteistärke zwischen 1,7 und 5,5 Prozent, in Bern kam sie gar auf 16 Prozent. Die SVP bereits seit zwei Jahrzehnten auf der Siegerseite steigerte sich nochmals in acht Kantonen um 1,5 bis 5,9 Prozentpunkte, in zwei Kantonen musste sie leichte Verluste von je 0,8 Prozentpunkten entgegennehmen (BE und ZH). Diese Veränderungen der Parteienlandschaft spiegeln sich auch in den meisten Wahlergebnissen auf der Ebene der Bezirke.

Werner Seitz

[5.4] Die GLP bei den Nationalratswahlen 2007 und 2011

[5.4.1] Die GLP bei den Nationalratswahlen 2007

Bei den Nationalratswahlen 2007 trat die GLP nur in zwei Kantonen an, in Zürich und St. Gallen. In Zürich verband sie ihre Wahlliste mit den Listen der CVP, der EVP und der rechtskonservativen EDU, in St. Gallen mit der EVP, den Grünen und der Liste «für Kinder und Jugend». Die GLP reüssierte in Zürich, wo sie eine Parteistärke von 7 Prozent erreichte und damit drei Mandate im Nationalrat holte (Verena Diener wurde zudem in den Ständerat gewählt). In St. Gallen ging die GLP mit 3 Prozent leer aus.

Wie schon oben bei den kantonalen Parlamentswahlen festgestellt, gingen auch bei den Nationalratswahlen 2007 die Stimmengewinne der GLP per saldo nicht primär auf Kosten der Grünen. Diese konnten ihre Parteistärke in Zürich vielmehr noch um 1,9 Prozentpunkte (auf 10,4 Prozent) ausbauen, in St. Gallen allerdings verzeichneten die Grünen eine leichte Einbusse ihrer Parteistärke (–0,7 Prozentpunkte auf 6,4 Prozent). Die grossen Verlierer waren in Zürich und St. Gallen jedoch die SPS und die FDP. Die SPS verlor in Zürich 5,8 Prozentpunkte (auf 19,8 Prozent) und in St. Gallen 3,6 Punkte (auf 14,7 Prozent), die FDP büsste in Zürich 3,1 Punkte (auf 13,2 Prozent) ein, in St. Gallen 1 Punkt (auf 13,6 Prozent). Diese Veränderungen in den Parteistärken zeigten sich auch fast durchgehend auf Bezirksebene.

[5.4.2]
Die GLP im Vorfeld der Nationalratswahlen 2011

Bei den Nationalratswahlen 2011 trat die GLP in 14 Kantonen mit eigenen Wahllisten an (ZH, BE, LU, ZG, FR, SO, BS, BL, SG, GR, AG, TG, VD und GE). In sechs Kantonen stellten sie neben der GLP-Hauptliste noch eine Jugend- oder eine Seniorenliste auf. In 13 Kantonen ging die GLP eine Listenverbindung mit anderen Parteien ein, nur in Zug trat sie alleine an. Die meisten Listenverbindungen schloss sie mit der EVP ab (in neun Kantonen), die zweitmeisten mit der CVP und

der BDP (je acht). Je zweimal gab es eine Listenverbindung mit den Grünen (AG und GR) und mit der kleinen rechtskonservativen EDU (TG und VD). Eine Listenverbindung ging die GLP mit der SPS (GR) und mit der FDP (GE) ein. Das Muster der abgeschlossenen Listenverbindungen spiegelt die oben in Abschnitt 5.2 festgestellte Nähe der GLP zur bürgerlichen Mitte, vor allem zur CVP und zur EVP. Teilweise haben wohl auch wahlarithmetische Überlegungen den Ausschlag gegeben. Dass mit der FDP nur eine Listenverbindung zustande kam, dürfte mit der Haltung der FDP zu tun gehabt haben, die bei den Nationalratswahlen 2011 nur wenige zwischenparteiliche Listenverbindungen abschloss.

Auf den GLP-Wahllisten bewarben sich insgesamt 241 Kandidierende. Diese waren – typisch für eine neu gegründete Partei wie die GLP – grossmehrheitlich jung: ½ Ihr Durchschnittsalter betrug 38 Jahre (Durchschnittsalter der Kandidierenden aller Parteien: 40,5 Jahre). Besonders stark waren auf den GLP-Wahllisten die 30- bis 39-Jährigen vertreten, sie machten 25 Prozent aus (auf den Wahllisten aller Parteien betrug ihr Anteil nur 16 Prozent). Die über 50-Jährigen machten dagegen auf den GLP-Listen nur 20 Prozent aus (Anteil auf den Wahllisten aller Parteien: 32 Prozent).

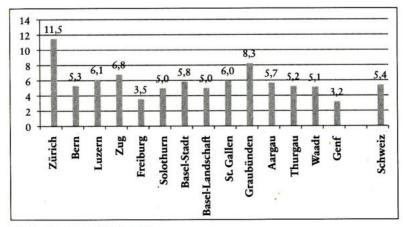
[5.4.3] Die Stimmengewinne (Parteistärken) der GLP bei den Nationalratswahlen 2011

Bei den Nationalratswahlen 2011 gehörten die beiden neuen Parteien GLP und BDP zu den strahlenden Wahlsiegern. ½ Sie erhielten beide je eine nationale Parteistärke von 5,4 Prozent. Gegenüber 2007 hatte sich die GLP um 4 Prozentpunkte gesteigert. Alle anderen Parteien standen bei diesen Nationalratswahlen auf der Verliererseite, am deutlichsten die FDP, die CVP und die SVP, die im Vergleich zu 2007 je zwischen 2,2 und 2,5 Prozentpunkte einbüssten. Auch die Grünen waren erstmals seit Langem wieder auf der Verliererstrasse (–1,2 Punkte auf 8,4 Prozent). Die SPS büsste nach ihrem Einbruch von 2007 (–3,8 Punkte) nur noch 0,8 Punkte ein (auf 18,7 Prozent).

Werner Seitz

In den 14 Kantonen, in denen die GLP antrat, erzielte sie einen Wähleranteil zwischen 3,2 Prozent (GE) und 11,5 Prozent (ZH). In Zürich, wo die GLP am stärksten war, überholte sie sogar die Grünen (8,4 Prozent). Zwischen 6 und 8,3 Prozent betrug die Parteistärke der GLP in Luzern, Zug, St. Gallen und Graubünden.

Grafik 1: Nationalratswahlen 2011 Die Parteistärken der GLP in den Kantonen in %



Quelle: Bundesamt für Statistik.

Hinsichtlich ihres regionalen Verankerungsmusters erwies sich die GLP immer noch als eine ausgeprägte Zürcher Partei: Über ein Drittel (35,8 Prozent) aller GLP-Wählerstimmen kamen aus dem Kanton Zürich. Bern steuerte 14,4 Prozent zur nationalen Parteistärke der GLP bei und der Aargau 8,1 Prozent. Die GLP ist so zurzeit eine ausgesprochene Deutschschweizer Partei: In der Deutschschweiz beträgt ihre Parteistärke 6,4 Prozent, in der Romandie nur 2,7 Prozent (Basis: Bezirksergebnisse).

Tabelle 3: Nationalratswahlen 2011 (im Vergleich mit den Nationalratswahlen 2007) Die Parteistärke der GLP und der anderen Parteien (Kanton = 100 %)

	GLP		GPS		SPS		BDP		CNP		FDP/LP	- LP	SVP	
	NRW 11	NRW 11/07	in %	Verän- derung	in %	Verän- derung	in %	Verän- derung	% ui	Verän- derung	in %	Verän- derung	in %	Verän- derung
Zürich	5,11	+4.5	8,4	-2,0	19,3	-0,5	5,3	+5,3	5,0	-2,5	9,11	-1,5	8,62	4,
Bern	53	+5,3	9,4	-3,5	19,3	-1,9	14,9	+14,9	2,1	-2,7	8,7	-6,5	29,0	4,6
Luzern	6,1	+6,1	8,3	-1,2	11,5	0,0-	2,1	+2,1	27,1	-3,1	18,4	-3,4	25,1	-0,2
Zug	8'9	+6,8	15,4	-1,6	5,3	-3,8			24,3	+1,0	19,2	-2,3	28,3	8,0-
Freiburg	3.5	+3,5	2,0	-1,4	7,97	+4,0	6,1	6,1+	20,3	-4,5	12,8	-1,0	21,4	9,0-
Solothurn	3,0	0'5+	7,5	-2,5	18,3	-1,2	4,4	+4,4	17,9	-2,5	18,4	-2,5	24,3	-2,8
Basel-Stadt	5,8	+5,8	13,4	+1,3	1,67	0'9-	2,2	+2,2	6,5	8,0-	161	-1,4	16,5	6'1-
Basel-Landschaft	5,0	+5,0	13,6	-0,2	24,4	8,0-	6,4	+6,4	8,2	-3,2	2,11	-5,6	26,9	-1,6
St. Gallen	0'9	+2,8	6,4	0'0	16,7	+2,0	3,8	+3,8	20,3	-1,1	12,3	-1,4	31,5	4,3
Graubünden	8.3	+8,3	2,2	+2,2	15,6	-8,1	20,5	+20,5	16,6	-3,7	11,9	-7,2	24,5	-10,2
Aargau	5,7	+5,7	7,3	8'0-	18,0	+0,2	6,1	+6,1	10,6	-2,9	2,11	-2,1	34,7	-1,4
Thurgan	5,2	+5,2	0,7	-3,2	121	+0,4	5,0	+5,0	14,4	8,0-	11,2	8,0-	38,7	-3,7
Waadt	5,1	+5,1	9,11	7,2-	2,52	+3,2	8,0	8,0+	4,6	-1,0	22,0	9,0-	6,22	+0,5
Genf	3,2	+3,2	14,0	-2,4	161	0,0			8,6	1,0	18,6	-3,9	16,0	-5,0
Schweiz	5,4	0,4	8,4	-1,2	18,7	8'0-	5,4	+5,4	12,3	-2,2	15,1	-2,5	26,6	-2,3

Quelle: Bundesamt für Statistik.

Werner Seitz

Ein Blick auf die Gewinne und Verluste der einzelnen Parteien in jenen 14 Kantonen, in denen die GLP zur Wahl angetreten war, zeigt grosso modo dasselbe Muster wie auf der gesamtschweizerischen Ebene: Die GLP und die BDP waren die beiden grossen Gewinner, während alle anderen Parteien fast überall mehr oder weniger ausgeprägt zu den Verlierern gehörten. Die FDP büsste in sämtlichen 14 Kantonen zwischen 0,6 und 7,2 Prozentpunkte an Parteistärke ein und die CVP zwischen 0,8 und 4,5 Punkte (Ausnahmen: ZG und GE).

Die SPS, die bereits bei den Nationalratswahlen 2007 stark eingebrochen war, verlor 2011 nochmals in sieben Kantonen zwischen 0.5 und 8,1 Prozentpunkte an Parteistärke. In fünf Kantonen legte sie dagegen um 0,2 bis 4 Punkte zu. Erstmals seit Langem waren die SVP und die Grünen wieder auf der Verliererstrasse: Die SVP büsste gleich in 13 Kantonen zwischen 0,2 und 10,2 Punkte ein (Ausnahme: VD). Die Grünen verloren in elf Kantonen zwischen 0,2 und 3,5 Prozentpunkte. Ausnahmen waren Basel-Stadt, wo die Grünen leicht zulegten, und St. Gallen, wo sie stagnierten, sowie Graubünden, wo sie 2007 nicht kandidiert hatten.

Über Wählerströme zwischen den Parteien kann aufgrund der vorliegenden Gemeinde- und Bezirksergebnisse nichts gesagt werden. Diese Frage kann nur mit einer sehr breit angelegten Wählerbefragung beantwortet werden (die zurzeit noch aussteht).

[5.4.4] Die Mandatsgewinne der GLP bei den Nationalratswahlen 2011

Bei den Nationalratswahlen 2011 steigerte sich die GLP um neun auf zwölf Mandate. Im Nationalrat wurde sie damit zur sechststärksten Partei. Die Hälfte ihrer Mandate holte sie in Zürich (vier) und Bern (zwei). Je ein Mandat erhielt sie in Luzern, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau und in der Waadt. Mit einem Durchschnittsalter von 45,5 Jahren stellte die GLP die jüngste Fraktion der grossen Parteien 5 (Durchschnittsalter aller Gewählten im Nationalrat: 50,2 Jahre). Vier der Gewählten waren Frauen, acht Männer. Damit lag die GLP mit einem Frauenanteil von 33 Prozent etwas über dem gesamten Frauenanteil von 29 Prozent im Nationalrat. Im Ständerat konnte die GLP die

beiden Mandate von Verena Diener (ZH) und Markus Stadler (UR) halten.

Die erhaltenen Stimmen der Parteien können selbst bei Proporzwahlen wie den Nationalratswahlen nie 1:1 in Mandate umgesetzt werden, weil sich die Stimmen nie so auf die verschiedenen Wahllisten verteilen, dass sie sich genau in Mandate ummünzen lassen. Es gibt daher immer Wahllisten, die ein Mandat mehr oder weniger deutlich verpassen (und damit im Parlament «unterrepräsentiert» sind), und es gibt Wahllisten, die ein Mandat zugeteilt erhalten, ohne dafür den vollen Stimmenpreis bezahlt zu haben (und damit «überrepräsentiert» sind). Es kommt dazu, dass das schweizerische Wahlsystems mit seinen Listenverbindungen und mit der Mandatsverteilung nach dem Verfahren nach Hagenbach-Bischoff zu einer gewissen Verzerrung des Verhältnisses von Stimmen- und Mandatsanteilen führt.

Die GLP ging in sechs Kantonen mandatsmässig leer aus, in acht Kantonen holte sie zwischen einem und vier Mandate. Werden die Parteistärke (Stimmenanteil) und die erhaltenen Mandate (Mandatsanteil) miteinander verglichen, so war die GLP in den sechs Kantonen ohne Mandat selbstredend «unterrepräsentiert». Einigermassen ausgeglichen war das Verhältnis zwischen dem Stimmenanteil und dem Mandatsanteil im Kanton Zürich. In den sieben übrigen Kantonen aber, in denen die GLP Mandate holte, war ihre Parteistärke (Stimmenanteil) kleiner als der Mandatsanteil. Ausgesprochenes Glück hatte die GLP bei ihren Mandatsgewinnen in Graubünden und im Thurgau sowie – beim zweiten Mandat – in Bern. Die GLP holte diese drei Mandate, ohne die Hälfte der für ein Vollmandat nötigen Stimmen aufgebracht zu haben.

Werner Seitz

Tabelle 4: Die GLP bei den Nationalratswahlen 2011 Differenz zwischen Stimmenanteil (Mandatsanspruch) und Mandatsanteil (erhaltene Mandate)

	Anzahl Sitze pro Kanton*)	Parteistärke der GLP (Stimmenan- teil)	Mandate der GLP	Mandate der GLP in % (Mandatsan- teil)	Differenz Stimmenan- teil – Man- datsanteil
Zürich	34	11,5	4	11,8	-0,3
Bern	26	5,3	2	7,7	-2,4
Luzern	10	6,1	1	10,0	-3,9
Zug	3	6,8			+6,8
Freiburg	7	3,5			+3,5
Solothurn	7	5,0			+5,0
Basel-Stadt	5	5,8			+5,8
Basel-Landschaft	7	5,0		Name of the Control o	+5,0
St. Gallen	12	6,0	1	8,3	-2,4
Graubünden	5	8,3	1	20,0	-11,7
Aargau	15	5,7	1	6,7	-1,0
Thurgau	6	5,2	1	16,7	-11,5
Waadt	18	5,1	1	5,6	-0,5
Genf	11	3,2			+3,2

^{*} Die Zahl der Nationalratssitze pro Kanton variiert entsprechend der Zahl der Bevölkerung (zwischen 1 und 34). Mit ihr variiert auch der Stimmenanteil, der nötig ist für ein Mandat.

Ouelle: Bundesamt für Statistik.

Dieses «Proporzglück» der GLP war namentlich die Folge einer flexiblen Listenverbindungsarchitektur der GLP, die von der SPS (GR) bis zur rechtskonservativen EDU (TG und VD) reichte. Nach Berechnungen von Daniel Bochsler und Claudia Alpiger verdankte die GLP sechs ihrer zwölf Mandate dem Instrument der Listenverbindung (Bochsler und Alpiger 2011). Es handelte sich einerseits um die vier Mandate in den Kantonen Luzern, St. Gallen, Aargau und Thurgau, die dank Listenverbindungen mit den kleinen Parteien EVP, BDP und EDU (sowie im Aargau: mit den Grünen) errungen wurden. Im Kanton Bern profitierte die GLP auch von der Listenverbindung mit der CVP, die in Bern ebenfalls eine Kleinpartei darstellt. In Graubünden

schliesslich zahlte sich der sonst nirgendwo gemachte Schulterschluss der GLP mit SP und Grünen aus.

[5.5]

Das regionale Verankerungsmuster der GLP im Spiegel der Nationalratswahlen 2011

Als Ersatz für Personenbefragungen können aufgrund der Gemeindeergebnisse der Parteien Profile von ihren Verankerungsmustern erstellt werden, die gewisse Schlüsse auf die Wählerschaft zulassen. Dazu wird die sogenannte Gemeindetypologie des Bundesamtes für Statistik verwendet, welche die rund 2700 Gemeinden in der Schweiz zu 22 Typen zusammenfasst und jede Gemeinde einem Typ zuordnet. Diese Typologie wurde in den 1980er-Jahren von Forschern an der Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne (EPFL) entwickelt und basiert – vereinfacht gesagt – auf einem Zentrum-Peripherie-Modell sowie einem Modell der Metropolisierung (Schuler, Dessemontet und Joye 2005: 116 ff.).

Für unsere Zwecke werden die 22 Gemeindetypen zu drei Grundtypen «Zentrumsgemeinden» – «Agglomerationsgemeinden» – «rurale Gemeinden» zusammengefasst. Dabei werden – wie schon oben bei der Besprechung der Wahlergebnisse – nur jene 14 Kantone berücksichtigt, in denen sich die GLP an den Nationalratswahlen beteiligt hat.

Die drei Grundtypen präsentieren sich in diesen 14 Kantonen wie folgt:

- Die «Zentrumsgemeinden» umfassen rund 27 Prozent aller Wählenden und können ihrerseits in Grosszentren (14 Prozent der Wählenden), Mittelzentren (9 Prozent) und Kleinzentren (4 Prozent) unterteilt werden. Zu den Grosszentren gehören die fünf Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern (Zürich, Bern, Basel, Genf und Lausanne).
- Die «Agglomerationsgemeinden» stellen den grössten Grundtyp dar (rund 48 Prozent der Wählenden). Bei ihnen werden ebenfalls

Werner Seitz

drei weitere Gruppen unterschieden: die «Agglomerationen der grossen Zentren» (30 Prozent der Wählenden), die «Agglomerationen der kleinen und mittleren Zentren» (12 Prozent) und die einkommensstarken Gemeinden (6 Prozent).

- Die «ruralen Gemeinden» (agrarische und agrar-gemischte Gemeinden) sind schliesslich mit 8 Prozent der Wählenden die kleinste Gruppe.
- Unter der Kategorie «Übrige Gemeinden» (rund 17 Prozent der Wählenden) finden sich Gemeindentypen wie Pendlergemeinden ausserhalb von Agglomerationen oder touristische Gemeinden, die für unsere Fragestellung nicht nutzbar gemacht werden können.

Stärke der Parteien in den 14 Kantonen mit GLP-Beteiligung*, nach Gemeindetyp (Gemeindetyp = 100 %) Tabelle 5: Nationalratswahlen 2011

		GLP	СЪ	SPS	BDP	CVP	FDP/LP	SVP	Total
	Zentren								
1	1.1 Grosszentren	8,3	14,8	28,8	3,3	5,1	12,9	16,3	100
I	1.2 Mittelzentren	8,1	11,8	24,1	5,2	6'01	12,9	20,4	100
1	1.3 Kleinzentren	5,8	8,2	7'07	6,5	10,5	13.7	27.4	100
2.1	Agglomeration der Grosszentren (metropolitane Regionen)								
	2.1.1 Suburbane Gemeinden metropolitaner Regionen	7,7	8,4	6'81	6,1	7,8	14,0	677	100
I	2.1.2 Periurbane Gemeinden metropolitaner Regionen	7.9	9,8	17,3	7.3	7,2	12,7	31,1	100
ı	2.1.3 Arbeitsplatzgemeinden metropolitaner Regionen	7.3	10,1	8'61	5,9	8,2	12,2	27.8	100
2.2	Agglomeration der Klein - und Mittelzentren (nicht metropolitane Regionen)	(ua							
I	2.2.1 Suburbane Gemeinden nicht metropolitaner Regionen	5,4	9'9	19,2	7.7	12.9	12,9	28,4	100
ı	2.2.2 Periurbane Gemeinden nicht metropolitaner Regionen	5,7	0,9	18,6	7.4	13,3	14,0	267	100
ı	2.2.3 Arbeitsplatzgemeinden nicht metropolitaner Regionen	5,3	6,4	17,8	6,1	14.9	13,2	30,2	100
23	Einkommensstarke Gemeinden (Agglomerationsgemeinden)	8,1	6'8	15,7	3,9	8,3	24.5	24,6	100
I	Agrarische und agrar-gemischte Gemeinden	4,2	9,5	10,8	8,2	15,6	12,0	37,1	100
	Übrige Gemeinden	5,0	6,2	15,1	8,3	671	12,8	33,2	100
1 2	Parteistärke in den 14 Kantonen mit GLP-Beteiligung	9'9	0,6	161	6,2	10,3	13,5	27,7	100
ı									

* ZH, BE, LU, ZG, FR, SO, BS, BL, SG, GR, AG, TG, VD, GE
Quelle: Bundesamt für Statistik.

Die Berechnungen der Parteistärke der GLP nach den verschiedenen Gemeindetypen bei den Nationalratswahlen 2011 (Gemeindetyp = 100 Prozent) zeigen dieselben Ergebnisse, die schon die entsprechenden Berechnungen zu den kantonalen Wahlen von 2008 bis 2011 ergeben haben \S : Die GLP ist überdurchschnittlich stark in den Gross- und den Mittelzentren sowie in den einkommensstarken Gemeinden. Leicht überdurchschnittlich sind die Wahlergebnisse der GLP auch in den verschiedenen Typen der Agglomerationsgemeinden der Grosszentren. Unterdurchschnittlich war dagegen die Parteistärke der GLP in den kleinen Zentren, den Agglomerationsgemeinden der mittleren und kleinen Zentren und vor allem in den agrarischen Gemeinden.

Das Verankerungsmuster der GLP weist eine grosse Ähnlichkeit mit dem Verankerungsmuster der Grünen und der SPS auf. Auch diese haben ihre Hochburgen in den Gross- und den Mittelzentren. Von den Grünen und der SPS unterscheidet sich die GLP mit ihrer stärkeren Verankerung einerseits in den einkommensstarken Gemeinden – da steht sie vor allem mit der FDP (inkl. LP) in Konkurrenz – und andererseits in den Agglomerationsgemeinden der Grosszentren (subund periurbane Gemeinden). Mit dieser relativ starken Verankerung in den Agglomerationen sind die Grünliberalen zudem etwas breiter aufgestellt als die Grünen.

Unter den bürgerlichen Parteien weist die FDP (inkl. LP) ein regionales Verankerungsmuster auf, das jenem der GLP am nächsten kommt. Dagegen unterscheidet sich die GLP deutlich vom regionalen Verankerungsmuster der CVP und der BDP: Diese beiden sind – wie auch die SVP – in den Grosszentren eher schwach und in den agrarischen Regionen eher stark.

Im Vergleich zu den Nationalratswahlen 2007 (dieselben 14 Kantone wie 2011) hat die GLP in den Gross- und den Mittelzentren stark zugelegt (Grosszentren +5,3 Punkte, Mittelzentren +5,9 Punkte). Diesen Gewinnen stehen Verluste der Grünen (-2,2 bzw. -1,8 Punkte) wie der FDP/LP (-2,5 bzw. -2,8 Punkte) und der CVP (-1,7 bzw. -2,3 Punkte) gegenüber. Moderat waren dagegen – nach den massiven Verlusten von 2007 – die Verluste der SPS (-0,1 bzw. -0,4 Punkte). Diese Zahlen deuten darauf hin, dass sich die GLP in den Gross- und den Mittel-

zentren von der bürgerlichen Mitte aus nach links wie nach rechts ausgedehnt hat.

In den einkommensstarken Gemeinden wiederum, in denen sich die GLP gegenüber 2007 um 5,4 Prozentpunkte gesteigert hatte, war die FDP (inkl. LP) mit 3,3 Punktverlusten die grosse Verliererin. Aber auch die CVP und die Grünen haben in den einkommensstarken Gemeinden etwas an Wählerstimmen eingebüsst (-1,8 bzw.-1,9 Punkte).

[5.6]

Affinitäten der GLP zu den anderen Parteien: Analyse des Panaschierverhaltens der GLP-Wählenden bei den Nationalratswahlen 2011

Die Panaschierstimmen zwischen den Parteien machen nur einen geringen Anteil an allen gültigen Stimmen aus. Trotzdem können sie – mit der nötigen Zurückhaltung – als Indikator für die Nähe zwischen den Parteien aus der Sicht der Wählenden betrachtet werden. Eine Analyse des Panaschierstimmenflusses darf aber nicht mit einer Analyse der Wählerströme verwechselt werden. Panaschierstimmen zeigen nur weitere Parteienpräferenzen der Wählenden einer bestimmten Partei an.

Tabelle 6: Nationalratswahlen 2011: die Affinität der GLP-Wählenden zu den anderen Parteien Das Panaschierverhalten der GLP-Wähler («GLP als Panaschierstimmenspenderin»)

	Auf 10	OO GLP	Auf 1000 GLP-Wahlzetteln gingen in untenstehenden Kantonen Stimmen an links untenstehende Partei	eln ging	en in unt	ensteher	iden Kan	tonen	Stimme	n an link	s untens	tehende	Partei	
	нz	BE*	LU.	9Z	FR	so	BS	BL	SG	GR	AG	TG	VD	GE
Anzahl Sitze pro Kanton**	34	97	10	3	7	7	S	7	12	5	15	9	18	11
GP	618		141	62	131	340	118	453	909	125	625	213	432	201
SPS	834		426	17	325	380	239	452	992	552	941	240	414	111
BDP	236		70		84	80	20	136	145	301	190	130	31	
EVP	184		37		18	51	21	55	65		140	4	56	16
CVP	377		617	69	237	402	82	509	682	199	541	383	258	232
FDP/LP	929		553	45	217	314	319	259	387	169	202	203	836	249
SVP	252		98	12	70	19	27	49	161	81	216	291	208	54

* Daten zurzeit noch nicht verfügbar.

Die Zahl der Nationalratssitze pro Kanton variiert entsprechend der Zahl der Bevölkerung (zwischen 1 und 34). Mit ihr variiert auch die Zahl der Stimmen, welche die Wählenden abgeben können.

Quelle: Bundesamt für Statistik.

Um die Affinität der GLP-Wählenden zu den anderen Parteien aufzuzeigen, wird berechnet, wie viele Panaschierstimmen auf je 1000 GLP-Wahlzetteln an andere Parteien abgegeben wurden. Ein Blick auf die 14 Kantone mit GLP-Beteiligung zeigt, dass die SPS sechsmal am meisten GLP-Panaschierstimmen erhalten hat (in ZH, FR, SG, GR, AG sowie in BL, ex aequo mit der GP). Die CVP erhielt viermal am meisten Panaschierstimmen von der GLP (in LU, SO, TG und ZG) und die FDP stand dreimal in der Gunst der GLP-Wählenden zuoberst (in BS, VD und GE). Die Grünen dagegen waren nur in Basel-Landschaft die Partei mit den meisten GLP-Panaschierstimmen (zusammen mit der SPS). Immerhin erhielten die Grünen in Zürich, Zug, im Aargau und in der Waadt von den GLP-Wahllisten am zweitmeisten Panaschierstimmen. Relativ wenige GLP-Panaschierstimmen erhielten die BDP und vor allem die SVP (Ausnahme: TG).

Werden die GLP-Panaschierstimmen an die SPS und die Grünen einerseits und an die FDP, CVP, BDP und EVP andererseits zusammengefasst, so panaschierten die GLP-Wählenden in Zürich, Basel-Landschaft und Aargau stärker in Richtung Rot-Grün, während sie in den anderen Kantonen (LU, ZG, FR, SO, BS, TG, VD und GE) insgesamt stärker das bürgerliche Lager (FDP, CVP, BDP und EVP) favorisierten. In St. Gallen und Graubünden verteilten die GLP-Wählenden ihre Panaschierstimmen gleichmässig auf beide Lager. Wird dem bürgerlichen Lager noch die SVP zugerechnet, so erhielt Rot-Grün nur noch in Basel-Landschaft mehr GLP-Panaschierstimmen. In Zürich, St. Gallen, Graubünden und im Aargau verteilten sich die GLP-Panaschierstimmen ähnlich stark auf beide Lager.

Werner Seitz

Tabelle 7: Nationalratswahlen 2007 und 2011 Veränderung im Panaschierverhalten der GLP-Wählenden in Zürich und St. Gallen*

	Auf 1000	GLP-Wahlze	tteln gingen Sti	mmen an li	nks untenst	ehende Partei
	ZH 2007	ZH 2011	ZH 2011/2007	SG 2007	SG 2011	SG 2011/2007
Anzahl Sitze pro Kanton	34	34		12	12	
GP	992	618	-374	634	506	-128
SPS	1208	834	-374	922	766	-155
CVP	478	377	-101	534	682	+148
EVP	356	184	-172	69	65	444
BDP**		236	+236**		145	+145**
FDP	650	570	-80	496	387	-109
SVP	230	252	+22	98	161	+63

* Die Veränderungen wurden auf mehrere Stellen genau berechnet, in der Tabelle werden jedoch nur gerundete Werte ausgewiesen. Dies kann in Einzelfällen zu Rundungsdifferenzen führen.

** Die BDP wurde erst 2008 gegründet.

Quelle: Bundesamt für Statistik.

Dieses Muster einer GLP, die einerseits in Richtung SPS und Grüne ausstrahlt und andererseits – etwas ausgeprägter – in Richtung der bürgerlichen Parteien, zeigt sich auch bei den Panaschierstimmen, welche die GLP erhalten hat. Hier nimmt zwar die BDP als Panaschierstimmenlieferant für die GLP einen Spitzenplatz ein, ansonsten variiert die Affinität der GLP zu den beiden Parteiblöcken nach Kanton.

In den Kantonen Zürich und St. Gallen verfügen wir bereits über Daten zu zwei Nationalratswahlen mit GLP-Beteiligung. Vergleichen wir die Panaschierstatistiken von 2007 und 2011 miteinander, so stellen wir fest, dass sowohl in Zürich wie in St. Gallen der Anteil der GLP-Panaschierstimmen an SPS und Grüne deutlich kleiner geworden ist (v.a. in Zürich) und dass die bürgerlichen Parteien in der Panaschiergunst der GLP-Wähler gestiegen sind. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass die GLP und ihre Wählenden etwas mehr in die bürgerliche Mitte gerutscht sind. Mit Blick auf die klare Positionierung mehrerer neuer GLP-Kantonalparteien in der bürgerlichen Mitte (z.B. LU, VD,

GE) könnte es sich in Zürich und St. Gallen, wo ja eine Abspaltung von den Grünen stattgefunden hat, auch um ein «Nach-Korrigieren» in Richtung der bürgerlichen Parteien handeln.

[5.7] Schluss

Die im Titel dieses Aufsatzes gestellte Frage, ob die Grünliberalen eine Rechtsabspaltung der Grünen seien, kann bereits mit dem historischen Abriss beantwortet werden: Die GLP ist nur bezüglich der Gründersektion Zürich und St. Gallen eine Rechtsabspaltung der Grünen – und auch da nur bezüglich der bekanntesten Exponenten. Der weitaus grösste Teil der Mitglieder der Grünliberalen sind politische Neueinsteiger. Allfällige Übertritte von anderen Parteien kommen zumeist von den bürgerlichen Parteien.

Dass sich die GLP inhaltlich rechts von den Grünen – in der bürgerlichen Mitte – positioniert hat, zeigen ihre bisherigen Abstimmungsempfehlungen und ihr Stimmverhalten in den Parlamenten, wo ihre Affinität zu CVP und FDP gross ist. In der Finanz- und Wirtschaftspolitik und in der Sozialpolitik sind die Grünliberalen Teil eines grossen bürgerlichen Lagers, das – namentlich bei den Sparallianzen – auch die SVP umfasst. In der Umwelt- und Verkehrspolitik aber benützen die Grünliberalen ihr ökologisches Standbein: In diesen Fragen arbeiten sie mit den Grünen und der SPS zusammen.

Auch die Ergebnisse der kantonalen Parlamentswahlen von 2008 bis 2011 unterstreichen, dass die Grünliberalen nur bedingt als Abspaltung von den Grünen wahrgenommen werden. Die zum Teil spektakulären Stimmengewinne der GLP gingen bis 2011 per saldo nicht zulasten der Grünen. Diese vermochten sich meistens nochmals zu steigern, wenn auch nicht mehr in dem Ausmass wie in der ersten Hälfte des früheren Jahrzehnts. Bei den Nationalratswahlen 2011 befanden sich aber erstmals seit Langem auch die Grünen tendenziell auf der Verliererstrasse. Dies könnte als ein Hinweis darauf verstanden werden, dass die GLP auch den Grünen – namentlich deren liberalem Flügel – etwas vor der Sonne steht und diesen ein weiteres Wachsen in die Mitte hin erschwert oder ihnen sogar Stimmen wegnimmt.

Die Grünliberalen haben eine ähnliche regionale Verankerungsstruktur wie die Grünen, die SPS und die FDP. Wie bei diesen sind ihre elektoralen Hochburgen die Gross- und die Mittelzentren. Überdurchschnittlich stark ist die GLP auch in den einkommensstarken Gemeinden sowie, etwas weniger ausgeprägt, in den Agglomerationen der Grosszentren. Mit diesem regionalen Verankerungsmuster unterscheidet sich die GLP deutlich von jenem der CVP und der BDP.

Dass sich die GLP zwischen Rot-Grün und den Bürgerlichen positioniert hat, darauf verweist auch das Panaschierverhalten der GLP-Wählenden. Dieses zeigt eine Affinität der GLP-Wählenden sowohl zur SPS und zu den Grünen als auch zu den bürgerlichen Parteien, vor allem zu FDP und CVP. Je nach Kanton panaschieren die GLP-Wählenden mehr Kandidierende von Rot-Grün oder mehr Kandidierende von den bürgerlichen Parteien.

Die Parteien in Bewegung

Nachbarschaft und Konflikte Herausgegeben von Oscar Mazzoleni und Olivier Meuwly

Die Parteienlandschaft in der Schweiz hat sich verändert. Seit den 1990er-Jahren schrumpft das Feld der Mitteparteien zugunsten einer stärker werdenden konservativen Rechten, während sich für die Linke mit der Bestätigung der Grünen ebenfalls bescheidenere Erfolge einstellen. Gleichzeitig wurden neue Parteien gegründet, welche die traditionellen Parteien zwingen, ihre Strategien zu überdenken. Welcher Art sind nun die Beziehungen zwischen den sich angrenzenden Parteien? Welche Allianzen oder Absprachen sind möglich? Und wie verhalten sich die ideologischen Nachbarn? Beiträge von Urs Altermatt, Anne-Vaïa Fouradoulas, Andreas Ladner, Oscar Mazzoleni, Olivier Meuwly, Pascal Sciarini, Werner Seitz, Damir Skenderovic.

[232 Seiten zeitgenössische Politik]

DIE NEUE POLIS Verlag Neue Zürcher Zeitung

Die Parteien in Bewegung Nachbarschaft und Konflikte

Herausgegeben von Oscar Mazzoleni und Olivier Meuwly

Mit Beiträgen von Urs Altermatt, Anne-Vaïa Fouradoulas, Andreas Ladner, Oscar Mazzoleni, Olivier Meuwly, Pascal Sciarini, Werner Seitz, Damir Skenderovic

Inhaltsverzeichnis

[1] **CVP**

Von der katholischen Milieupartei zur Partei der bürgerlichen Mitte Urs Altermatt Seite 21

[2]

Bauern, Mittelstand, Nation

Imaginationen und Metamorphosen der Schweizerischen Volkspartei im 20. Jahrhundert Damir Skenderovic

[3] **FDP, SVP, BDP**

Stösst der Liberalismus an seine Grenzen? Olivier Meuwly Seite 77

[4]

Ungewöhnliche Konvergenzen

Die Schweizerische Volkspartei und die Sozialdemokratische Partei in der parlamentarischen Arena der Eidgenossenschaft Oscar Mazzoleni Seite 99

Inhaltsverzeichnis

[5]

Die Grünliberale Partei (GLP): Sind die Grünliberalen eine Rechtsabspaltung der Grünen?

Ein Überblick zu den Grünliberalen, von der Gründung bis zu den Nationalratswahlen 2011

Werner Seitz

Seite 123

[6]

Die Sozialdemokratische Partei und die Grünen

Konkurrenz und Herausforderung Pascal Sciarini Seite 157

[7]

Die radikale und die gemässigte Linke

Ein zwiespältiges Verhältnis zwischen Einvernehmen und Missbilligung Anne-Vaïa Fouradoulas

Seite 179

[8]

Die Positionierung der Schweizer Parteien im internationalen Vergleich

Andreas Ladner
Seite 201

[9]

Herausgeber und Autoren

Seite 229

[9]

Herausgeber und Autoren

Urs Altermatt

Prof. Dr. Dr. h. c., emeritierter Professor für Zeitgeschichte an der Universität Freiburg.

Anne-Vaïa Fouradoulas

Doktorandin in Politikwissenschaften an der Universität Freiburg und SNF – Forschende an der Universität Lausanne.

Andreas Ladner

Prof. Dr., Professor für Schweizerische Verwaltung und institutionelle Politik am IDHEAP an der Universität Lausanne.

Oscar Mazzoleni

Dr., Leiter des Observatoire de la vie politique régionale, Maître d'enseignement et de recherche an der Universität Lausanne.

Olivier Meuwly

Dr., Historiker, Jurist, Lehrbeauftragter an der Universität Genf.

Pascal Sciarini

Prof. Dr., Professor für Politikwissenschaften an der Universität Genf.

Werner Seitz

Dr., Leiter der Sektion «Politik, Kultur, Medien», Bundesamt für Statistik, Neuenburg.

Damir Skenderovic

Prof. Dr., Ordentlicher Professor für Allgemeine und Schweizerische Zeitgeschichte an der Universität Freiburg.